



21. März 2019

## Lehrgewerkschaft VRB zeigt sich kritisch gegenüber „fridays for future“

Auch der Verband Reale Bildung hält es für begrüßenswert, dass sich Schüler für Umwelt und Politik interessieren, insbesondere auch, dass sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen. Neben der Vermittlung von Fachwissen ist es gerade die Aufgabe von Schule, den Heranwachsenden die Entwicklung einer eigenen Meinung zu ermöglichen und sie dazu anzuhalten, diese auch frei zu äußern und somit ihren Teil zur demokratischen Entwicklung der Gesellschaft beizutragen.

Allerdings sehen wir genau hier das Problem: Wenn die Ausübung des Demonstrationsrechts mit der Schulpflicht kollidiert, entsteht nicht nur eine rechtliche Zwickmühle. Die Schüler müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie das Konzept des „fridays for future“ nutzen, um ihrer Schulpflicht zu entgehen. Und tatsächlich: Nicht wenige Schüler geben offen zu, dass sie sich mit der Thematik kaum auskennen und auch nicht wirklich auseinander gesetzt haben, aber gerne einmal bei einer solchen Demonstration dabei sein wollen.

Der VRB findet: Hier muss Schule ansetzen! Die häufig gehörte Klage, dass das Wissen um klimatische Zusammenhänge in der Schule zu kurz komme, ist nicht von der Hand zu weisen. Gerade die Umstrukturierung der Fächertafel mit der in vielen Schulen erfolgten Zusammenlegung der Fächer Geschichte, Politik und Erdkunde zum Fach Gesellschaftswissenschaften führte dazu, dass nun Grundlagenwissen zu Wetter und Klima nicht mehr von Fachlehrern unterrichtet wird. Leider berichten uns viele Kollegen und Schüler auch, dass der mutmaßlich menschengemachte Klimawandel häufig einseitig und mit veraltetem oder tendenziösem Material unterrichtet wird.

Wenn statt dessen Demos zur Schulzeit unter dem Beifall gewisser Teile der Politik und Gesellschaft stattfinden, ist das Gratismut: Rebellion spielen ohne eigene Anstrengung, ja noch nicht einmal mit dem Risiko unentschuldigter Fehlstunden. Mit Erschrecken nimmt der VRB Berichte z. B. aus Bremen wahr, wo den Schülern die Teilnahme an den Demonstrationen sogar empfohlen und dies im Nachhinein als „Verlagerung des Unterrichts an einen anderen Ort“ gerechtfertigt wurde. Hier wird das Recht auf freie Meinungsäußerung ad absurdum geführt.

Der VRB begrüßt vielmehr den Standpunkt der ehemaligen saarländischen Ministerpräsidentin und jetzigen CDU-Vorsitzenden Kramp-Karrenbauer: Wer demonstriert, muss die Konsequenzen ertragen.

Mit der Organisation der „fridays for future“- Demonstrationen zur Schulzeit, am besten noch ohne vermerkte Fehlstunden, werden vielleicht Schüler mobilisiert, aber vor allem instrumentalisiert und in der Sache unglaubwürdig gemacht.